

Wirtschaftliche Entwicklung der Zahnarztpraxen in Bayern

Kammerpräsident Schwarz im Gespräch mit Wirtschaftsminister Zeil

„Kostenfaktor und Zukunftsbranche“, so der Titel eines Sondergutachtens des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Jahr 1997. Ähnlich hätte man auch das Gespräch zusammenfassen können, das Kammerpräsident Michael Schwarz mit dem bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, geführt hat. Im Vordergrund stand dabei die wirtschaftliche Entwicklung der Zahnarztpraxen in Bayern, wobei den Minister insbesondere die künftige Versorgungsstruktur interessierte.

Zeil machte keinen Hehl daraus, dass eine flächendeckende Versorgung aus seiner Wahrnehmung heraus nur mit freiberuflich tätigen Gesundheitsberufen denkbar ist. Gerade zurückgekehrt von einer Reise durch die Vereinigten Staaten von Amerika bekannte sich der Wirtschaftsminister eindeutig zu einem Versorgungsmodell, das auf Freiberuflichkeit basiert.

Bestens informiert zeigte sich der FDP-Politiker in dem Gespräch auch über die Situation der Zahn-techniklabors. Hier kritisierte der Kammerpräsident den zunehmenden Eingriff der gesetzlichen Krankenkassen in das Zahnarzt-Patienten-Verhältnis. „Wenn Körperschaften des öffentlichen Rechts ausländischen Zahnersatz empfehlen und damit mittelbar Arbeitsplätze in Deutschland infrage stellen, kann uns das nicht egal sein. Unsere Positionierung hat nichts mit Protektionismus zu tun. Zahnärzte und Zahntechnik stellen sich dem Wettbewerb. Aber es muss ein Qualitätswettbewerb sein und nicht ein Wettbewerb um den niedrigsten Preis“, so Schwarz.

Kostensituation in den Zahnarztpraxen

Weiteres Thema des Gesprächs war die Kostensituation in den Zahnarztpraxen, die – verbunden mit der Nichtanpassung des Punktwertes in der zahnärztlichen Gebührenordnung seit nunmehr 20 Jahren – zu einer deutlichen Absenkung der Realeinkommen führt. Kammerpräsident Schwarz machte deutlich, dass auch dies Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird, insbe-



Martin Zeil (links) und Michael Schwarz trafen sich im bayerischen Wirtschaftsministerium.

Foto: BLZK

sondere dann, wenn die Versicherten notwendige Zahnbehandlungen aus Kostengründen, vielleicht auch, weil sie selbst arbeitslos geworden sind, aufschieben. Wenn die düsteren Prognosen einiger Wirtschaftsforschungsinstitute hinsichtlich des Arbeitsmarktes eintreten sollten, würde eine solche Entwicklung nicht ohne Auswirkungen auf die Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den bayerischen Zahnarztpraxen bleiben.

Entbürokratisierung des Mittelstands

Drittes großes Thema des Gesprächs war die zunehmende Bürokratisierung der Berufsausübung. FDP-Politiker Zeil forderte die Zahnärzteschaft auf, zur Bundestagswahl, vor allem jedoch bei den nach der Wahl stattfindenden Koalitionsverhandlungen, deutlich Position zu beziehen.

Bereits zuvor hatte die Bayerische Landeszahnärztekammer über den Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) die Forderung erhoben, den Mittelstand deutlich von Bürokratiekosten zu entlasten. Diesem Ziel fühlt sich auch Minister Zeil, der gemeinsam mit bayerischen Wirtschaftsverbänden und dem VFB im Juni einen Mittelstandspakt unterzeichnet hat, verpflichtet.

Redaktion